

NACHRICHTEN

Stabiles Südosteuropa

FLORENZ: Der Balkan-Beauftragte Bodo Hombach hat eine positive Bilanz des Stabilitätspaktes für Südosteuropa gezogen. «Es herrscht Aufbruchstimmung in Südosteuropa», sagte er am Donnerstag beim Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat der NATO in Florenz. Zugleich kritisierte Hombach jedoch «banale bürokratische Hemmnisse» bei der Umsetzung von Projekten. «Mein Balkan ist die Bürokratie.» Als ein wesentliches Projekt bezeichnete Hombach die geplante Donaubrücke zwischen Bulgarien und Rumänien an einer «strategisch ausserordentlich wichtigen Stelle». Die Bauarbeiten sollen noch in diesem Jahr beginnen, sagte der internationale Beauftragte für den Stabilitätsakt. Eine weitere vordringliche Aufgabe sei die Räumung der Donau von Brückentrümmern und Wracks, damit der Fluss wieder voll schiffbar wird.

Libanon: Bemühung um Füllung des Vakuums

BEIRUT: Nach dem überraschend schnellen Abzug der israelischen Truppen aus Südlibanon bemüht sich die UNO, das militärische Vakuum an der israelischen Nordgrenze auszufüllen. Der Nahost-Beauftragte der UNO, Terje Roed-Larsen, kam in der Nacht zum Donnerstag nach Beirut. Roed-Larsen will mit der libanesischen Regierung über die neue Situation sprechen. Der UNO-Gesandte bezeichnete die nächsten



Tage als entscheidend. In die geräumten Gebiete rückte die Hisbollah nach. Die Regierung hat bereits erklärt, die reguläre libanesischen Armee werde nicht bis zur Grenze vorrücken und nicht den Bewacher Israels spielen. Die UNO will ihre 4500 Mann starke Friedensstruppe UNIFIL auf 7900 Mann aufstocken. Im Südlibanon war am Donnerstag nach Angaben der UNO und von Augenzeugen alles ruhig. Viele Libanesen, auch die christlichen Bewohner des Südens, feierten den Abzug der Israelis und die Wiedererlangung des besetzten Gebietes. Die Regierung in Beirut hat den 25. Mai zum nationalen Feiertag erklärt.

China: Gedenken an Ermordete

PEKING: Kurz vor dem elften Jahrestag der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung auf dem Pekinger Tiananmen-Platz haben etwa 5000 chinesische Studenten einer ermordeten Kommilitonin gedacht. In einem zur Trauerhalle umfunktionierten Hörsaal der Universität Peking gedachten sie am Donnerstag der 19-jährigen Qiu Qingfeng. Diese war in der Nacht zum Samstag auf dem Weg von der Universität zu ihrem 50 Kilometer entfernten Wohnheim vergewaltigt und umgebracht worden. Ursprünglich wollten die Behörden die Trauerfeier verbieten, weil der Mord an einer jungen Frau zu den ersten Studentenprotesten seit dem Massaker vom 4. Juni 1989 geführt hatte. Die Studenten machen die Universitätsverwaltung für den Mord verantwortlich, weil sie nicht ausreichend für die Sicherheit der Lernenden Sorge. Das Rektorat gebe Geld für eigene Büroeinrichtungen aus, statt es in öffentliche Verkehrsmittel zu investieren, die den Campus an die Wohnheime anbinden sollen. Ein für gestern geplantes Treffen zwischen Studentenvertretern und der Hochschulleitung über Themen wie Sicherheitsmassnahmen für Studenten bis hin zu dem geforderten Rücktritt des Bildungsministers kam nach Studentenangaben nicht zustande. Am Dienstag- und Mittwochabend versammelten sich jeweils 2000 Studenten zu Demonstrationen auf dem Campus. Am Mittwochabend forderten sie von dem Rektor eine Entschuldigung für den Mord. Dieser wollte zur Ruhe aufrufen, musste aber unter den Buhrufen der Studenten in sein Büro zurückkehren. Die Protestaktionen entwickelten sich rasch zu Demokratie-Kundgebungen. Auf Plakaten der Studenten war zu lesen «China sollte sich von Mao genauso befreien wie Europa von Marx» und «Hissen wir die Flagge für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freie Wissenschaft».

In einen Hinterhalt geraten

Zwei ausländische Journalisten und vier Soldaten in Sierra Leone getötet

FREETOWN: In Sierra Leone sind zwei ausländische Journalisten sowie vier Soldaten von Rebellen getötet worden. Die Gruppe geriet am Mittwoch etwa 80 Kilometer nordöstlich der Hauptstadt Freetown in einen Hinterhalt der Vereinigten Revolutionären Front (RUF).

Das teilte UNO-Sprecher David Wilmhurst gestern mit. Bei den beiden getöteten Reportern handelt es sich um Mitarbeiter der Nachrichtenagenturen Reuters und AP. Zwei weitere Journalisten wurden bei dem Angriff verletzt.

Einsatz gewürdigt

UNO-Generalsekretär Kofi Annan würdigte den Einsatz der Journalisten, die in dem Bürgerkriegsland ein hohes persönliches Risiko auf sich genommen hätten. Damit starben in den verschiedenen Konfliktgebieten rund um den Globus seit Jahresbeginn bereits mindestens 11 Journalisten in Ausübung ihres Berufes. Den Vereinten Nationen zufolge handelt es sich bei den ermordeten Reportern um den US-Journalisten Kurt Schork, der im Auftrag der britischen Nachrichtenagentur Reuters aus Sierra Leone berichtete, und den Spanier Miguel Gilmore, der für den Fernsehdienst



Der von Rebellen ermordete Kameramann Miguel Gilmore während eines Arbeitseinsatzes inmitten einer Kindergruppe. (Bild: Keystone)

der US-Agentur Associated Press (AP) arbeitete.

«Verlust für Journalismus»

Schork galt als äusserst erfahrener Kriegsreporter. Er war schon in zahlreichen anderen Konfliktgebieten

im Einsatz. Die beiden verletzten Journalisten, ein Grieche und ein Südafrikaner, sind ebenfalls bei Reuters beschäftigt.

Reuters-Chefredakteur Geert Linnebank äusserte sich schockiert über den Tod Schorks. Der UNO-

Botschafter der USA, Richard Holbrooke, sprach von einem grossen Verlust für den Journalismus. Die Europäische Kommission verurteilte die Gewalttat ebenfalls und sprach den Angehörigen der Getöteten ihr Beileid aus.

Rundumschlag von Haider

Stern der FPÖ im Sinken: Schüssels Volkspartei im Höhenflug

WIEN: Die rechtspopulistische Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ist schwer angeschlagen: Seit ihrem Eintritt in die Regierung des konservativen Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel muss sie zusehen, wie ihr Stern immer tiefer sinkt.

Giovanni Facchini

Gleichzeitig setzt Schüssels Volkspartei (ÖVP) zum Höhenflug an. Der bisherige FPÖ-Chef Jörg Haider hat sich nun mit einem verbalen Rundumschlag zurückgemeldet. Der ÖVP drohte Haider mit einer Regierungskrise, «wenn das Koalitionsabkommen nicht lückenlos eingehalten wird». Die eigene Partei forderte er auf, trotz der Budgetmi-

serer keine neuen Steuern zuzulassen.

Bei den Parlamentswahlen im vergangenen Oktober war die FPÖ unter Führung Haiders mit knapp 27 Prozent der Stimmen zur zweitstärksten Partei des Landes aufgestiegen. Jetzt, nach dem Rückzug Haiders von der Parteispitze, sprechen Wahlforscher bereits von einem drohenden Rückfall unter die 20-Prozent-Marke.

Sparkurs schadete

Die ÖVP, im Oktober noch knapp hinter der FPÖ, hat hingegen laut Umfragen dank des «Kanzler-Bonus» erstmals die SPÖ von der Spitze verdrängt.

Geschadet hat der FPÖ demnach nicht die Isolierung Österreichs

durch die 14 EU-Partner, sondern der Sparkurs der Regierung. Zur Sanierung des Staatshaushaltes trägt die FPÖ Steuererhöhungen und eine umstrittene Pensionsreform mit, die bei ihren Wählern nicht gut ankommen.

Vor allem die Arbeiterschaft scheint der FPÖ den Rücken zu kehren. Hatten Wahlforscher im Oktober noch verkündet, die FPÖ habe die SPÖ als Arbeiterpartei abgelöst, so ist jetzt davon keine Rede mehr. Ein wahres Debakel erlitten die Freiheitlichen in der Vorwoche bei der Wahl der Interessenvertretung der Arbeiter (Arbeiterkammer) in Wien.

Querschüsse

Ihr Stimmenanteil stürzte von

knapp 16 Prozent auf knapp neun Prozent ab. Die Sozialdemokraten legten um mehr als sechs Prozentpunkte auf 64 Prozent zu.

Haider, der ein Comeback als FPÖ-Chef nicht ausschliesst, hat sich wieder auffallend oft mit Querschüssen gegen die Regierung zu Wort gemeldet. Auf Überlegungen von ÖVP-Politikern, die für Januar 2002 geplante Einführung eines erhöhten Kindergeldes zu verschoben, stellte er sofort die Koalitionsfrage.

Zugleich scheint Haider die Verbesserung des Klimas zu den 14 EU-Partnern kein besonderes Anliegen zu sein. Erst am Mittwoch drohte er der Union erneut mit einem «Stillstand», sollte die Isolierung Österreichs nicht aufgehoben werden.

Stimmung auf dem Tiefpunkt

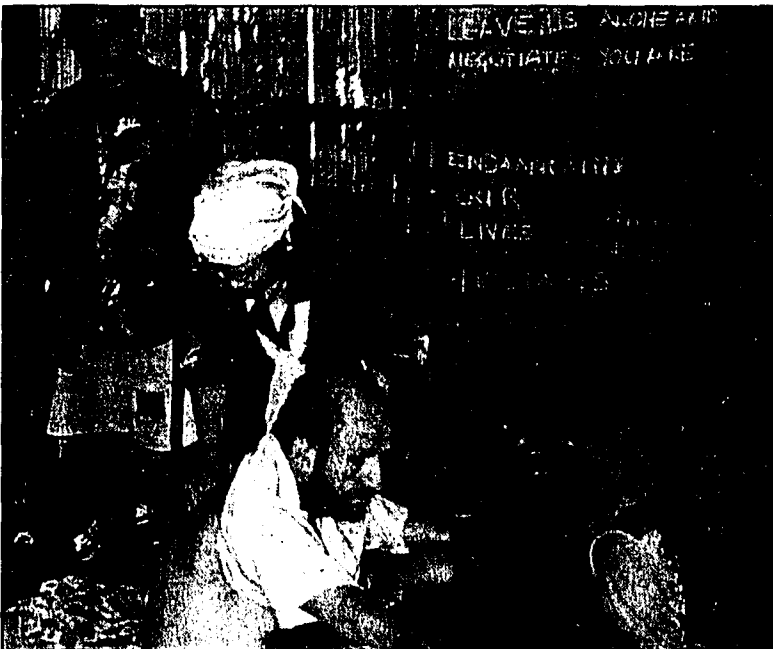
Geiseldrama auf den Philippinen: Weitere Verhandlungen am Freitag geplant

JOLO: Trotz unmittelbar anstehender Verhandlungen im Geiseldrama scheint die Stimmung unter den 21 Entführten im philippinischen Urwald ihren Tiefpunkt erreicht zu haben.

Nach einem Besuch bei den Geiseln sagte die philippinische Ärztin Nelsa Amin gestern, sie wollten sich nicht einmal untersuchen lassen, keine Briefe an Angehörige schreiben und hätten sich auch nicht über neue Hilfslieferungen gefreut.

«Sie wollen einfach nur frei gelassen werden», sagte Amin. «Die kleinen Dinge können sie gar nicht mehr aufmuntern», sagte sie. «Sie sind alle sehr deprimiert.»

Auch der geplante Beginn von Verhandlungen zwischen den Kidnapern der militanten Moslemgruppe Abu Sayyaf und Regierungs-Unterhändlern am Freitag habe die Entführten kaum beeindrucken können. «Sie waren darüber sehr skeptisch».



Der Ärztin Nelsa Amin (zweite von links) untersucht die deutsche Geisel Werner Wallert unter den wachsamen Augen eines Kidnapers. (Bild: Key.)

Nach Angaben von Chefvermittler Roberto Aventajado werden die

Gespräche mit den Entführern «definitiv» am Freitag beginnen.

Zurückhaltung gefordert

JOLO: Zwei der 21 Geiseln, die seit viereinhalb Wochen auf der philippinischen Insel Jolo festgehalten werden, haben die Presse zur Zurückhaltung aufgefordert. Journalisten sollten nicht mehr so häufig das Camp der Entführer besuchen, berichtete am Donnerstag ein französischer Kameramann unter Berufung auf den Finnen Mirpo Jahanan Rista und die Französin Sonia Wendling. Die Besuche könnten die Entführer der muslimischen Rebellengruppe Abu Sayyaf möglicherweise von Verhandlungen «ablenken», befürchteten die Geiseln. Zudem hätten die Geiseln berichtet, die Entführer würden die Lieferungen von Lebensmitteln und Medikamenten nicht an die Gefangenen verteilen, sagte der Kameramann weiter. Die Gruppe sei über die Verhandlungen zwischen den Entführern und Vermittlern informiert, habe jedoch keine Hoffnung auf eine schnelle Freilassung.